

Bundesgericht

BG 3/08

Urteil

Auf die Revision des Handballverbandes Württemberg e.V. gegen das Urteil des Verbandesgerichts des Handballverbandes Württemberg vom 14. März 2008 (VG 6/07) hat das Bundesgericht des Deutschen Handballbundes e.V. nach mündlicher Beratung am 25. April 2008 in Kassel im schriftlichen Verfahren durch

Klaus-Heinrich Deckmann, Husum,

als Vorsitzenden,

Klaus Velewald, Bremen,
Jürgen Thomas, Schwegenheim,

als Beisitzer,

für Recht erkannt:

- 1) **Das Urteil des Verbandsgerichts des Handballverbandes Württemberg e.V. vom 14. März 2008 (VG 06/07) wird aufgehoben.**
- 2) **Das Urteil des Bezirkssportgerichts Bodensee-Donau Nr. 13/07 vom 7. Dezember 2007 wird bestätigt.**
- 3) **Die Auslagen des Revisions- und Berufungsverfahrens gehen zu Lasten des Handballverbandes Württemberg e.V.**
- 4) **Die vom Berufungsführer eingezahlten Berufungsgebühren verfallen zugunsten des Handballverbandes Württemberg e.V.**
- 5) **Die Revisionsgebühr ist dem Handballverband Württemberg e.V. zu erstatten bzw. mit den die Auslagenvorschuß übersteigenden Auslagen des Revisionsverfahrens zu verrechnen.**

Sachverhalt

Am 27. Oktober 2007 fand das Meisterschaftsspiel Nr. 80472 der Spielklasse KLA-S des Handballbezirks 8 Bodensee-Donau zwischen dem HSV Reinstetten/Ochsenhausen und dem TSV Bad Saulgau 3 in Reinstetten statt. Es endete mit 26:10 für den HSV Reinstetten/Ochsenhausen. Schiedsrichter dieser Begegnung war Klaus Erlenkamp.

Über dieses Spiel erfolgte unter der Verantwortung des Spieler-Trainers Günther Halder des TSV Bad Saulgau 3 ein Bericht im Internet; veröffentlicht auf der Homepage xxx.1c-online.de. Dieser Bericht enthielt über den Schiedsrichter Erlenkamp u.a. folgende Äußerungen:

„Der Auftritt des Schiedsrichters in der 2. Spielhälfte war an Arroganz und Willkür nicht mehr zu übertreffen....Der ist rumgelaufen, wie ein Gockel....Selbstdarstellungssorgie des Unparteiischen....Der hat sich vor dem Publikum in Biberach und vor den beiden Mann-

schaften zum Affen gemacht und sich bis auf die Knochen blamiert. Das war einfach nur peinlich! Aber dafür ist dieser Schiedsrichter wohl schon bekannt. Ich würde mich nach so einem Auftritt nirgendwo mehr blicken lassen...“

Dieser Sachverhalt wird von Herrn Halder, fortan: Betroffener, eingeräumt, ist somit unstrittig.

Der Betroffene tritt dem Vorwurf, sich einer Beleidigung schuldig gemacht zu haben, entgegen. Auf einen solchen Tatbestand könne er mangels konkreter Benennung einer Beleidigung nicht eingehen. Eine solche sei durch den Bericht im Internet auch nicht beabsichtigt gewesen. Daran vermöge auch ein an ihn gerichtetes Schreiben von Schiedsrichter Erenkamp vom 4. November 2007 nichts zu ändern, in welcher dieser sich über die beleidigenden und diffamierenden Äußerungen beschwert und deren Rücknahme verlangt habe. Zu diesem Zeitpunkt sei der Bericht auch schon vom Netz genommen gewesen. Darüberhinaus habe er die Pressefreiheit für sich in Anspruch genommen.

Das Bezirkssportgericht des Handballbezirks 8 Bodensee-Donau hat durch Urteil vom 7. Dezember 2007 entschieden:

- „1) Günther Halder, TSV Bad Saulgau, erhält nach § 10 RO/DHB
 - a) eine persönliche Sperre von 2 Monaten und
 - b) eine Geldstrafe über 300,00 €,
- 2) Die Auslagen des Verfahrens mit 68,40 € hat Günther Halder unter Vereinshaftung zu tragen.“

Mit dem Bericht im Internet habe der Betroffene den objektiven Erklärungswert einer Beleidigung abgegeben. Er habe somit in sportlicher Hinsicht grob unsportlich gehandelt. Dies sei gewollt gewesen. Es fehle dem Betroffenen an der notwendigen Einsicht, falsch gehandelt zu haben. Er habe dieses Verhalten auch im Nachhinein weder bedauert noch entschuldigt.

Mit seiner Berufung - auf Firmenbogen eines Rechtsanwalts, jedoch ohne dessen Unterschrift und ohne Vorlage einer Vollmacht - macht der Betroffene erneut geltend, herabwürdigende Äußerungen gegenüber dem Schiedsrichter Erenkamp nicht abgegeben zu haben. Es fehle auch ein Strafantrag des Schiedsrichters. Ein solcher könne, weil die Beleidigung die Verletzung eines höchst persönlichen Rechtsgutes betreffe, nur von der angegriffenen Person selbst gestellt werden. Gerügt wird ferner die Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts. Das Bezirkssportgericht sei nach der RO des HVW nur für Rechtsfälle zuständig, die sich aus dem Spielverkehr innerhalb des Bezirks ergeben. Dies sei hier nicht der Fall. Denn es gehe um Vorgänge, die sich außerhalb des Spielverkehrs auf einer privaten Internetseite ereignet hätten.

Das Verbandsgericht des Handballverbandes Württemberg e.V. hat durch Urteil vom 14. März 2008 das Urteil des Bezirkssportgerichts Bodensee-Donau Nr. 13/07 vom 7. Dezember 2007 aufgehoben und den Betroffenen vom Vorwurf des grob unsportlichen Verhaltens mit Beleidigung des Schiedsrichters freigesprochen.

Es hat unter anderem ausgeführt:

Dem Verhalten des Betroffenen fehle die Bezogenheit zum unmittelbaren Spielverkehr. Das Bezirkssportgericht habe deshalb außerhalb seiner Zuständigkeit entschieden, so dass die Entscheidung keinen Bestand haben könne. Da ein neuerlicher Antrag verfristet sei, sei ein Freispruch des Betroffenen zwingend. Das Verhalten des Betroffenen sei durchaus als eine Herabwürdigung des Schiedsrichters als Person zu sehen. Dies erfülle den Tatbestand der Beleidigung. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe seien nicht ersichtlich. Im Rahmen der Sportgerichtsbarkeit aber habe anders als geschehen, nicht entschieden werden können.

Gegen dieses Urteil hat der Handballverband Württemberg e.V. Revision eingelegt und macht dazu geltend:

Das Bezirkssportgericht sei für die Entscheidung in erster Instanz zuständig gewesen. Das folge aus § 26 Abs. 1 der Satzung des Verbandes. Danach entscheide das Bezirkssportgericht in erster Instanz über Rechtsfälle, die sich aus dem Bezirksspielbetrieb eines Bezirks ergeben. Ein unmittelbarer Bezug zu einem Spiel selbst bzw. zur Wettkampfstätte sei nicht erforderlich. Vielmehr gehören zur Zuständigkeit der Bezirkssportgerichte ganz allgemein alle Rechtsfälle, die der Spielbetrieb innerhalb des Bezirkes mit sich bringe.

Ein Fall des § 18 Abs. 1 RO/DHB läge nicht vor. Denn die Spielleitende Stelle könne einen Antrag auf weitergehende Bestrafung deshalb gar nicht stellen, weil sie für den anstehenden Rechtsfall überhaupt keine Strafgewalt habe. Es handle sich hier vielmehr um einen ganz normalen das vorliegende Rechtsverfahren einleitenden Strafantrag. Die rechtlichen Gründe, die zum Freispruch in der Berufungsinstanz angeführt seien, hätten gar nicht vorgelegen. Die Meinungsäußerung des Betroffenen, noch dazu im Internet, und somit für jedermann zugänglich, stelle sowohl eine Beleidigung als auch einen unsportlichen Eingriff in den Spielbetrieb dar.

Der Handballverband Württemberg beantragt:

Es wird beantragt, unter Aufhebung des Urteils des Verbandsgerichts des HVW –Nr. 06/07 – die Berufung des Betroffenen und des TSV Bad Saulgau gegen das Urteil des Bezirkssportgerichts Nr. 13/07 des Handballbezirks 8 (BodenseeDonau) om 6.12.2007 zurückzuweisen,
hilfsweise wird beantragt unter Aufhebung des Urteils des Verbandsgerichts des HVW – Nr. 06/07 – die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Verbandsgericht des HVW zurückzuweisen.

Der Betroffene hat sich aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage gesehen, auf die Revision direkt einzugehen. Das ist ihm zuzugestehen. Im bisherigen Verfahrensverlauf hat er sich jedoch ausführlich geäußert, wie vorstehend auch ausgeführt. Das Bundesgericht geht deshalb davon aus, dass er seinen bisherigen Standpunkt beibehalten und deshalb im Ergebnis die Aufrechterhaltung des Urteils des Berufungsgerichts verfolgt. Hinweisen lassen hat er darauf, dass er als Zuschauer zu einem Spiel gefahren sei, welches von Schiedsrichter Erlenkamp geleitet wurde. Er habe mit ihm ein Gespräch führen wollen, um die Differenzen aus dieser hier anstehenden Angelegenheit zu beheben. Da es jedoch aufgrund der Schiedsrichterleistungen erneut zu unvorstellbaren Problemen gekommen sei, habe er das Spiel noch vor dem Ende verlassen und auf eine Kontaktaufnahme verzichtet. Er wolle dies auch nicht mehr tun.

Es habe weitere Berichte anderer Vereine auf deren Homepage mit schwerwiegenden Vorwürfen gegen die Schiedsrichter (absichtliche Beeinflussung der Spielergebnisse, Betrug) gegeben. Gegen diese Vereine aber sei nicht einmal Strafantrag gestellt worden. Es würde somit im Bezirk offenbar mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen.

Im übrigen wird Bezug genommen auf die Verfahrensakte, die beide vorinstanzlichen Urteile enthält, ferner auf die Stellungnahme des Betroffenen vom 26. November 2007, seine E-Mail vom 4. November 2007 an Schiedsrichter Erlenkamp, dessen E-Mail vom gleichen Tage an den Betroffenen, die auf der Homepage veröffentlichten Spielberichte des HSV Reinstetten/Ochsenhausen und des TSV Saulgau 3, die Schutzschrift des Betroffenen vom 21. Dezember 2007 auf Anwaltsbogen sowie auf sein Fax vom 8. April 2008.

Entscheidungsgründe:

Die Revision ist zulässig. Sie ist auch begründet.

Soweit in der Rechtsmittelbelehrung des Verbandsgerichts das Rechtsmittel als Berufung bezeichnet wird, dürfte es sich um ein reines Schreibversehen handeln. Der HVW hat sein Rechtsmittel auch richtig als Revision bezeichnet.

I.

Die Spielleitende Stelle hat beim Bezirkssportgericht des Handballbezirks 8 Bodensee-Donau des HVW e.V. den Antrag auf Bestrafung des Betroffenen wegen seiner verunglimpfenden Darstellung über den Schiedsrichter Erlenkamp auf der Internetseite des TSV Bad Saulgau 3 gestellt. Dieser Verfahrensweg war richtig. Das Antragsrecht ergab sich aus § 31 Abs. 1e RO/DHB.

Einschlägig für die Zuständigkeit des Bezirkssportgerichts sind die §§ 26 Abs. 1 der Satzung des HVW und § 3 Abs. 1 Ziff. 1.1 der RO des HVW.

Danach entscheidet das Bezirkssportgericht in erster Instanz über Rechtsfälle, die sich aus dem Bezirksspielbetrieb eines Bezirkes ergeben (§ 26 Abs. 1 der Satzung des HVW) bzw. über Rechtsfälle, die sich aus dem Spielverkehr innerhalb des Bezirkes ergeben (§ 3 Abs. 1 Ziff. 1.1 der RO/HVW). Zwar stimmen diese Formulierungen wörtlich nicht ganz überein. Die Unterschiede sind aber nur geringfügig. In jedem Falle aber sind sie inhaltlich auf dasselbe Ziel gerichtet, nämlich auf den Bezirksspielbetrieb einerseits und auf den Spielverkehr innerhalb des Bezirkes andererseits. Da gibt es keine Unterschiede.

Der hier anstehende Fall ist dieser Zuständigkeit zuzuordnen.

Die Vorwürfe, die der Betroffene gegen Schiedsrichter Erenkamp erhoben hat, haben ihre Grundlage gerade im Spielbetrieb. Nur weil Schiedsrichter Erenkamp ein Handballspiel leitete konnte der Betroffene sich über ihn äußern bzw. ergab sich für den Betroffenen die Möglichkeit, die ihm angebracht erscheinenden Vorwürfe zu erheben.

Anders ausgedrückt: Hätte das Spiel nicht stattgefunden, oder wäre es nicht von Schiedsrichter Erenkamp geleitet worden, hätte sich für das Vorgehen des Betroffenen keine Grundlage ergeben. Man kann es somit sehen, wie man will. Ein Schiedsrichter nimmt am Spielbetrieb teil. Leitet man daraus Vorwürfe gegen ihn ab, dann handelt es sich um einen Fall aus dem Spielbetrieb. Dass sie erst nach Ende des Spieles verlautbart werden, kann aus dem Umstand, dass sie aus der Spielleitung und somit aus dem Spielbetrieb erwachsen sind, nichts ändern.

Das Bezirkssportgericht war somit als erste Instanz zuständig.

II.

Die Vorinstanzen und die Revision haben die Verhaltensweise des Betroffenen rechtlich zutreffend bewertet, und zwar als Beleidigung.

Eine Beleidigung setzt einen rechtswidrigen Angriff auf die Ehre eines Anderen durch vorsätzliche Kundgabe der Mißachtung voraus.

Wenn der Betroffene meint, nicht erkennen zu können, worin ein solches Verhalten seinerseits liegt, trifft ihn der Vorwurf eines Beurteilungsmangels.

Er weiß, was er geschrieben hat, er kennt den Inhalt dessen, was er zur Veröffentlichung im Internet durch dritte Personen zugelassen hat. Er ist für den gesamten Inhalt der Interneteingaben verantwortlich. Dies ist ihm durch beide Vorinstanzen ausführlich dargelegt worden. Seine Worte oder Sätze bedeuten inhaltlich einen Angriff auf die Ehre des Schiedsrichters Erenkamp. Sie sind eine Beleidigung.

Dies ist vom Bundesgericht nur zu bekräftigen.

Auf das Fehlen eines Strafantrages von Schiedsrichter Erenkamp persönlich kommt es nicht an. Zwar wird der Tatbestand der Beleidigung dem allgemeinen Strafrecht entnommen (§ 185 StGB). Nach dieser Bestimmung aber wird der Betroffene nicht bestraft, sondern nach den einschlägigen Bestimmungen der RO (§ 10 RO/DHB). Wenn in diesem sportgerichtlichen Verfahren ein Antrag der beleidigten Person nicht gestellt wird, ist dies kein Verfahrenshindernis.

III.

Die Inanspruchnahme der Pressefreiheit rechtfertigt und entschuldigt den Betroffenen nicht. Ein so wertvolles Gut die Pressefreiheit auch ist, sie hat Grenzen und findet sie dort, wo die Rechte eines Anderen oder Anderer verletzt werden. Ein solcher Fall liegt hier vor.

Das Verhalten des Betroffenen hat auch mit (blumiger) Kritik an der Leistung des Schiedsrichters nichts zu tun. Die von ihm zu verantwortenden Formulierungen sind sowohl im Einzelnen als auch in der, wie hier, geballten Form als bloße Kritik so überzogen, dass sie keine Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe darzustellen vermögen.

IV.

Sport und auch damit der Handballsport finden nicht in irgendeinem Freiraum statt.

Alle, die sich darin betätigen, unterliegen der Kritik, dürfen für das, was sie darbieten, kritisch beurteilt werden. Immer aber findet solche Kritik ihre Grenzen an den Rechten Anderer, an der körperlichen Unversehrtheit einerseits, genauso aber auch am Persönlichkeitsrecht. Dass aber der Betroffene mit der von ihm zu verantwortenden Wortwahl die Grenzen weit überschritten hat, bedarf keiner Betonung mehr.

Für ihn, und zwar nicht zuletzt wegen Fehlens jeglicher Einsicht in das von ihm begangene Unrecht, muß man bedauerlicherweise zu der Schlußfolgerung kommen, dass für den Betroffenen Schiedsrichter gewissermaßen eine Art „Freiwild“ darstellen. Sie sind es nicht. Auch dies bedarf keiner Betonung.

Wo dieses nicht beachtet wird, haben die Verbände, d.h. ihre hierfür zuständigen Gremien einzugreifen und den Schiedsrichtern Schutz zu gewähren. Der Strafantrag der Spielleitenden Stelle war deshalb richtig, sogar unumgänglich. Wenn der Betroffene meinen sollte, Schiedsrichter Erenkamp dürfe Spiele nicht mehr leiten, muß er den legalen Weg beschreiten, um dieses ändern zu lassen, z.B. zum Schiedsrichterausschuß, zur Spielleitenden Stelle, ggf. zum Vorstand oder Präsidium des Landesverbandes.

V.

Wenn der Betroffene anführt, dass andere Vereine sich nicht sportlich verhalten haben, ohne dass gegen Sie eine Strafantrag gestellt worden sei, – das Bundesgericht kann dies als gegeben nur unterstellen – so muß er berücksichtigen, dass es einen Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht nicht gibt.

VI.

In seiner Schutzschrift vom 21. Dezember 2007 hat der Betroffene gemeint, dass der Schuldausspruch unverhältnismäßig hoch sei. Nähere Ausführungen hat er nicht gemacht. Das Bundesgericht geht hierauf deshalb auch nicht weiter ein, zumal es der Meinung ist, dass die ausgeworfene Strafe an der unteren Grenze dessen liegt, was der Sache nach angemessen ist.

VII.

Zwar kommt es mit Rücksicht darauf, dass das Berufungsurteil aufgehoben wird, auf Einzelheiten hierzu nicht mehr an. Es soll jedoch darauf hingewiesen sein, dass wegen Fehlens einer Verfahrensvoraussetzung ein Freispruch nicht hätte ergehen dürfen. Auch nach Meinung des Verbandsgerichts hat der Betroffene sich einer Beleidigung schuldig gemacht. Das Verfahren hätte dann eingestellt werden müssen.

VIII.

Nach alledem war, wie geschehen, zu entscheiden.

IX.

Die Entscheidung über die Gebühren und Auslagen ergibt sich aus § 59 Abs. 1 und 2 RO/DHB.

X.

Die Auslagen betragen 1.015,86 €.

Sie setzen sich zusammen aus

a) Bundesgericht	799,00 €
b) Verwaltungskostenpauschale	130,00 €
c) Telefon-, Porto-, Fotokopie-, Fax- und Schreibauslagen des Vorsitzenden	<u>86,86 €</u>
Gesamt	<u>1.015,86 €</u>

Rechtsmittelbelehrung:

1. Dieses Urteil ist unanfechtbar und somit rechtskräftig.

2. Gegen die Höhe der Auslagen ist gem. § 59 Abs. 5 RO/DHB die gebührenfreie Beschwerde zulässig. Sie ist innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung einer Ausfertigung des Urteils an den Vorsitzenden des Bundesgerichts, Klaus-Heinrich Deckmann, Asmussenstr. 16, 25813 Husum, durch Einschreiben zu senden.

Kassel, den 25. April 2008

gez. Deckmann
- Vorsitzender -

gez. Velewald
- Beisitzer -

gez. Thomas
- Beisitzer -

Ausgefertigt für und direkt zugestellt:

- a) an Herrn Günther Halder, per Einschreiben/Rückschein
- b) an TSV Bad Saulgau, einfach,
- c) an Handballverband Württemberg e.V., per Einschreiben/Rückschein.

Ausgefertigt:

Husum, den 5. Mai 2008
gez. Klaus-H. Deckmann
(Klaus-H. Deckmann)

Zur Kenntnis:

Präsidium

Leiter Bundesligen Männer, Leiterin Bundesligen Frauen- und Schiedsrichterwart

Vereine der Bundesligen

Ligaverbände Männer und Frauen

Regional- und Landesverbände

Rechtswarte RV/LV (über deren Geschäftsstellen)

Mitglieder des BG und des BSpG

DSH Köln, Spurt, Gutenberg-Universität

Dortmund, 27.05.2008-Hr